



Matthias Machnig: Das Versagen der schwarz-gelben Energiepolitik ist offensichtlich

Matthias Machnig: Das Versagen der schwarz-gelben Energiepolitik ist offensichtlich
Zur heute vorgestellten Studie des Öko-Instituts im Auftrag von Greenpeace, der zufolge die EEG-Umlage auch im Jahr 2014 ansteigen wird, erklärt Matthias Machnig, Thüringer Wirtschaftsminister und für Energie- und Umweltpolitik zuständiges Mitglied im SPD-Kompetenzteam: Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, den Anstieg der EEG-Umlage zu stoppen. Auch im nächsten Jahr werden die Umlage und damit die Strompreise in Deutschland weiter steigen. Das Versagen von Schwarz-Gelb in der Energiepolitik ist offensichtlich. Merkel, Rösler und Altmair sind zum Trio infernale der deutschen Energiewende geworden. Unter Schwarz-Gelb ist die EEG-Umlage in vier Jahren stärker angestiegen als im gesamten Jahrzehnt zuvor. Gegenüber dem Jahr 2009 hat sie sich vervierfacht - das entspricht einem Anstieg der Umlage von 5,27 auf 20,3 Milliarden Euro. Ein Grund dafür ist die explosionsartige Ausweitung von Ausnahmeregelungen für stromintensive Betriebe, die laut der Studie allein zwischen 2011 und 2013 um jährlich 13 bis 14 Prozent gestiegen sind. Merkel ist mit ihrem Versprechen, dass die Umlage nicht über 3,5 Cent je Kilowattstunde steigen werde, kläglich gescheitert. Mit ihr, dem von ihr kaltgestellten Umweltminister Altmair und dem stets aus der Reihe tanzenden Wirtschaftsminister Rösler an der Spitze glänzt Schwarz-Gelb vor allem durch energiepolitische Selbstblockade und Handlungsunfähigkeit. Das Ergebnis: Die deutschen Strompreise drohen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu gefährden und überfordern zunehmend auch die Privathaushalte. Im kommenden Jahr könnten die Stromkosten eines durchschnittlichen 4-Personen-Haushalts erstmals die Grenze von 1.000 Euro pro Jahr übersteigen. Dabei zeigt nicht erst die Greenpeace-Studie auf, wo der Hebel zuallererst angesetzt werden müsste: zum einen bei der Rückführung von Ausnahmen für die stromintensive Industrie auf ein notwendiges Maß; zum anderen bei der Weitergabe der preisdämpfenden Wirkung der erneuerbaren Energien an die Verbraucher. In allen diesen Punkten aber gilt bei der Bundesregierung: Fehlanzeige. In Deutschland wurde in der Energiepolitik zu lange gemerkelt: Statt Problemlösungen sind Problematisierungen, Ankündigungen und Relativierungen zum politischen Prinzip geworden. Das hat in der Energiepolitik zum Stillstand geführt und gefährdet inzwischen die gesamte Energiewende. Deutschland braucht endlich wieder eine Energiepolitik, die Probleme lösen und nicht aussitzen will.

Eine Grafik zur Pressemitteilung finden Sie unter: https://www.spd.de/scalableImageBlob/103860/data/20130701_EEG-Umlageentwicklung-data.pdf

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Partei Vorstand
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507
Herausgeberin: Andrea Nahles
Redaktion: Tobias Dünow
e-mail: pressestelle@spd.de
<http://www.spd.de>

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir in Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....